

vor der Landtagswahl am 4. April nicht für eine der beiden möglichen Koalitionen — mit SPD oder CDU — festlegen zu müssen. Der fluchtverdächtige Bangemann verlor darob in Bonn seinen Posten als FDP-Generalsekretär und wurde auf dem baden-württembergischen FDP-Parteitag in Konstanz niedergestimmt. Gleichwohl erwägen die liberalen Schwaben und Badener noch immer den Fluchtweg zur Union.

In Hessen schließlich hatten sich die Freidemokraten 1974 nur unter Bonner Druck zu einer Koalition mit den Linken bereit gefunden. Und ihr Vorstandsmitglied Heinz Herbert Karry gibt schon jetzt zu erkennen, daß er die ihm noch mögliche Partnerschaft mit dem konservativen Sozialdemokraten Albert Osswald mit dem mutmaßlichen linken Osswald-Nachfolger Rudi Arndt nicht fortsetzen will.

Ein Positionswechsel der FDP in diesen Ländern brächte stabile Bürgerblock-Mehrheiten an die Macht. Nur: Die FDP geriete darüber erneut in ihr historisches Dilemma, sich zu spalten oder umzufallen.

Schon befürchten die Bonner FDP-Führer, im Lande könne schon bald wieder das böse Wehner-Wort von der „Pendler-Partei“ die Runde machen.

Gerade um dieser, wie Genscher meint, tödlichen Gefahr zu entgehen, sieht er sich gezwungen, an seiner Treue zum sozialdemokratischen Partner auch künftig nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen. Durch solche Nibelungentreue aber läuft der FDP-Vorsitzende Gefahr, den ohnehin



Heimkehrer aus Polen: Lautes Nein, leises Ja

gängigen Vorwurf zu bestätigen, die FDP habe ihre Freiheit in der „Babylonischen Gefangenschaft der SPD“ (Kohl) verloren.

Um seiner Truppe wenigstens auf längere Sicht wieder mehr Spielraum zu verschaffen, denkt Genscher daran, irgendwann nach dem 3. Oktober draußen im Land noch einmal einen Schwenk zu versuchen.

Die Vorgänge in Hannover, die wie im Saarland einen auf Dauer nicht regierungsfähigen CDU-Ministerpräsidenten hervorgebracht haben, lassen

nach Überzeugung des FDP-Chefs beim eigenen Parteivolk wie bei den Wählern die Einsicht wachsen, die Liberalen dürften sich aus Staatsräson ruhig einmal in einem Bundesland mit der CDU einlassen, ohne deswegen gleich der Untreue zum Bonner Partner SPD verdächtigt zu werden. Man müsse, so der FDP-Chef, dieses Thema „entemotionalisieren“.

„Die Lage ist schwierig“, bekannte Genscher letzten Freitag kleinlaut, „aber wir müssen Kurs halten“ — zumindest in Bonn.

Bei den jungen Leuten führt die Union

Werner Kaltefleiter über den Bundestagswähler 1976 (I)

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 stellt sich die Frage nach den Motiven des politischen Verhaltens, die letztlich den Ausgang der Wahlen entscheiden. In einer Reihe von Beiträgen soll deshalb bis hin zum Wahltermin versucht werden, mit den Methoden der empirischen Sozialforschung die Struktur der deutschen Wählerschaft aufzuhebeln, jene Faktoren zu ermitteln, die Wahlverhalten mitbestimmen*.

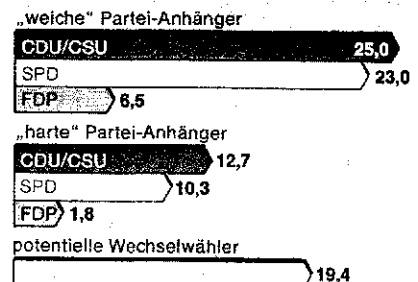
Dabei geht es nicht um eine Vorhersage des Ergebnisses. Sie ist mit den Instrumenten der Sozialwissenschaft nicht zuverlässig zu leisten. Bei einer Befragung eines repräsentativen Querschnitts von etwa 1500 Personen können aufgrund der Wahrscheinlichkeitstheorie die erfragten Ergebnisse um etwas mehr als zwei Prozent von der tatsäch-

* Die dazu erforderlichen Untersuchungen stellt das Institut für Motivforschung GETAS, Bremen, an. Die Basis bietet jeweils eine repräsentative Stichprobe von 1500 Befragten.

lichen Verteilung der Meinung abweichen.

Angesichts der ausgeglichenen Stärkeverhältnisse zwischen CDU/CSU einerseits und SPD/FDP andererseits sind die statistischen Ungenauigkeiten der Befragungsergebnisse größer als die Marge, innerhalb derer die politische Entscheidung tatsächlich fällt.

Wichtiger als Prozent-Prophetie ist die Frage, inwieweit die Struktur der deutschen Wählerschaft den Anforderungen einer parlamentarischen Demokratie als System wechselnder Parteiregierungen entspricht. Eine erste zentrale Frage lautet daher: Sind die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik durch stabile Wählerbindungen an bestimmte Parteien zementiert, oder besteht eine reale Chance des Machtwechsels? Die GETAS-Untersuchung vom Januar dieses Jahres gibt darauf (in Prozenten) folgende Antwort:

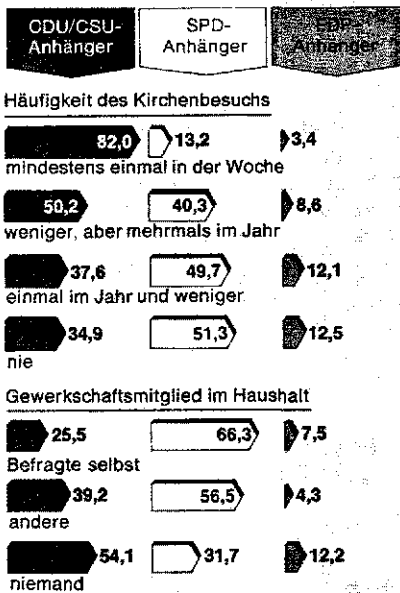


Jeweils etwa ein Drittel der Wählerschaft kann als die Basis von CDU/CSU und SPD bezeichnet werden. Davon bildet wiederum jeweils ein Drittel den „harten Kern“. Die FDP hingegen verfügt nur über eine minimale Stammwählerschaft, besitzt jedoch ein erhebliches Potential an Sympathisanten. Die großen Schwankungen, denen die Wahlergebnisse der

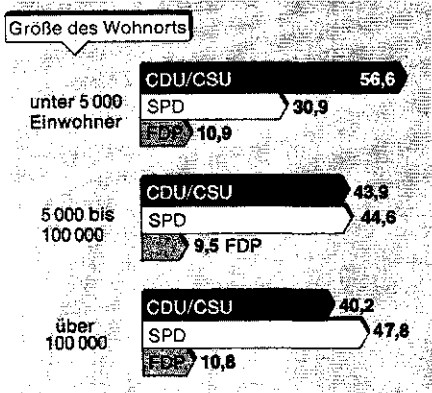
FDP in den letzten Jahren unterlagen, bestätigen dies. Die FDP hat die labilste Wählerschaft.

Ein weiteres Fünftel ist in der Parteibindung nicht grundsätzlich festgelegt. Es sind die potentiellen Wechselwähler. Wodurch unterscheiden sich nun Stamm- und Wechselwähler? Den Stammwählern, ganz gleich welcher Partei, ist gemeinsam, daß sie in einer relativ homogenen politischen Umwelt leben und dementsprechend in großem Umfang gleichgerichteten politischen Informationen ausgesetzt sind. Was CDU/CSU-Anhänger und SPD-Anhänger unterscheidet, ist die Art des gleichförmigen Umfeldes.

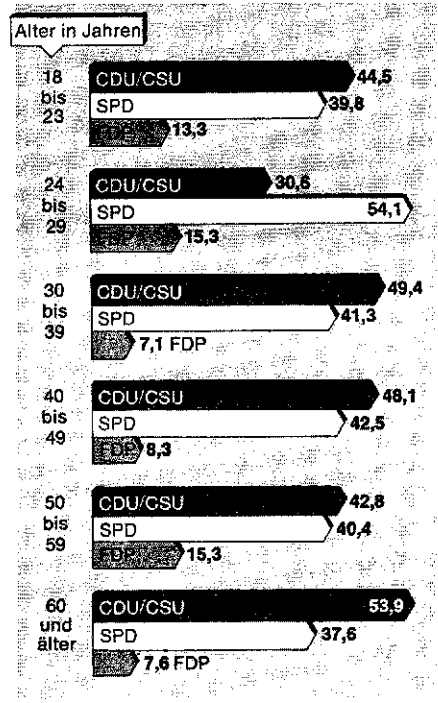
Im Meinungsbild der festgelegten Parteigänger spiegeln sich noch immer die überlieferten politischen Kulturen. Die SPD-Kultur wird durch das gewerkschaftliche Milieu, die CDU/CSU-Kultur durch das kirchliche Milieu bestimmt. Ein Vergleich von Kirchenbesuch und Gewerkschaftszugehörigkeit ergibt in Prozenten folgendes Bild:



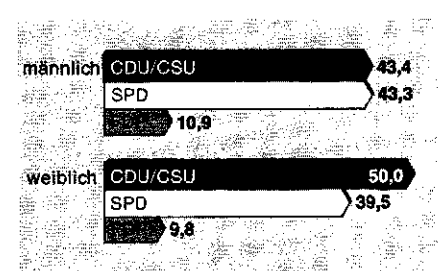
Schwerpunkte der SPD-Kultur sind die industriellen Ballungsgebiete. Die Zentren der CDU/CSU-Kultur liegen im mittelstädtisch-ländlichen Bereich; in Prozentzahlen ausgedrückt:



Der zweite wesentliche Unterschied betrifft den Altersaufbau. Zur Bundestagswahl 1972 beschrieb das dem irischen Dramatiker George Bernard Shaw zugesprochene Bonmot, daß wer in der Jugend nicht Sozialist sei, kein Herz und wer es im Alter immer noch sei, keinen Verstand habe, die Wirklichkeit noch zutreffend. Heute aber muß dieses Wort modifiziert werden — in den jüngsten Altersgruppen führt, wiederum in Prozentwerte umgerechnet, die CDU/CSU:



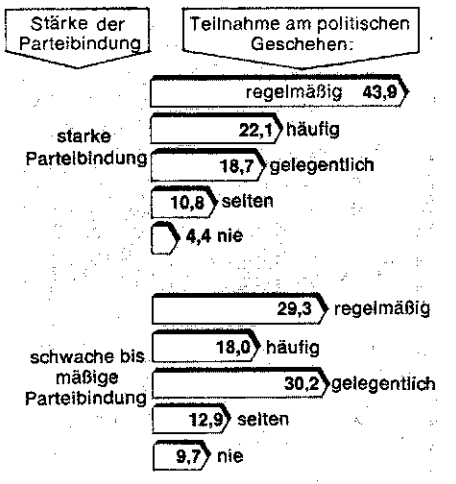
Der Unterschied zwischen den Geschlechtern, der früher noch ausgeprägter, bei der Bundestagswahl 1972 dagegen weitgehend abgebaut war, ist am Anfang des Jahres 1976 auch wieder deutlicher geworden:



Im Gegensatz zu den Parteianhängern zeichnen sich die Wechselwähler durch eine heterogene Umwelt aus. Das Beispiel von der streng katholischen Frau des engagierten Gewerkschaftsfunktionärs verdeutlicht das Spannungsverhältnis, das die Umwelt dieser Menschen kennzeichnet. Dabei gibt es Anzeichen dafür, daß Wechselwähler zu sein kein Dauerzustand ist, sondern eine Übergangsphase sein kann, die schließlich wieder zu einer stabilen Parteibindung führt. Wesent-

lich ist, daß die Wechselwähler, was Bildung und Informationsgrad anlangt, sich nicht wesentlich von den Stammwählern unterscheiden. Es ist weder der labile Flugsand noch der wägende homo politicus, der über die Machtverteilung letztlich entscheidet.

Dagegen beteiligen sich die Parteianhänger wesentlich stärker am politischen Geschehen. In Prozenten:



Aus dieser Verteilung der Parteibindung ergibt sich die Ausgangsbasis zur Bundestagswahl. Ein zentrales Problem des Wahlkampfes liegt in der doppelten Zielsetzung, Stammwähler zu mobilisieren und Wechselwähler anzusprechen. Denn Sprache und Themen sind zumeist zwar geeignet, die Anhänger zu begeistern, die potentiellen Wechsler werden jedoch eher verschreckt. Das ist auch die Ursache für den häufig zu beobachtenden Tatbestand, daß der vom Versammlungserfolg berauschte Politiker die Realität verschätzt.

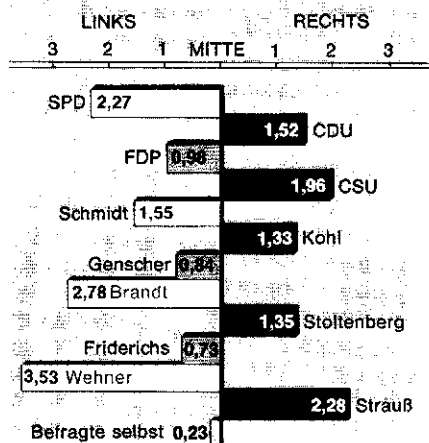
Die Ursache der Art und Form der Parteibindung ist oft sehr unterschiedlich. Eine wesentliche Rolle spielt die Ansammlung der politischen Erfahrungen seit der Kinderzeit — Sozialisation genannt. Parteiensysteme, wie das der Bundesrepublik, die durch eine klare Rollenverteilung um zwei Pole, nämlich Regierung und Opposition, gekennzeichnet sind, lassen den politischen Standort auf einer durch Symbolbegriffe gekennzeichneten Skala messen. „Rechts“ und „Links“ sind dafür in der politischen Diskussion der Bundesrepublik die geeignetsten Symbolbegriffe (konservativ — fortschrittlich sind andere, aber nicht so genau messende).

Dabei ist es sehr unterschiedlich, was die Befragten unter einer rechten oder linken politischen Position verstehen. Es sind Sammelbegriffe, auf die man sich verständigt hat und mit deren Hilfe die politische Welt geordnet wird.

Läßt man die Befragten zum Beispiel die Parteien auf einer solchen nach

rechts wie nach links um fünf Punkte abweichenden Skala einordnen, so ergibt sich im Januar 1976 folgendes Bild: Die SPD wird deutlich links von der Mitte gesetzt, die CDU rechts von der Mitte, dieser aber vergleichsweise näher zugeordnet als die SPD. Die CSU wiederum wird stärker rechts angesiedelt als die CDU, aber noch deutlich weniger weit von der Mitte entfernt als die SPD. Die FDP nimmt eine im Vergleich zur SPD weniger nach links verschobene Position ein.

Die Befragten selbst ordnen sich, von der Mitte ausgehend, fast gleichmäßig nach rechts und links ein, wobei der Durchschnitt noch links von der Mitte liegt:



Interessante Verschiebungen ergeben sich, wenn man diese Globaleinschätzung nach den Wählertypen unterteilt. SPD-Sympathisanten sehen sich selbst 1,17 Punkte links, CDU/CSU-Sympathisanten 1,0 Punkte rechts von der Mitte; die potentiellen Wechselwähler gruppieren sich um einen Punkt (0,79) knapp links von der Mitte. Sie sehen sich aber etwa gleich weit von der SPD und CDU entfernt, weil gerade diese Wählergruppe die CDU am nächsten an die Mitte heranrückt — noch näher als die FDP (siehe Schaubild „Rechts-links-Einordnung durch Wählertypen“).

Dieses Bild ändert sich, wenn die Kandidaten einbezogen werden. Helmut Schmidt wird deutlich näher zur Mitte hineingeordnet als seine Partei, er steht aber noch links von der FDP. SPD-Fraktionschef Herbert Wehner und inzwischen auch der Parteivorsitzende Willy Brandt sind zu Exponenten des linken Flügels geworden.

Der Kanzlerkandidat der Union, Helmut Kohl, und der CDU-Wirtschaftspolitiker Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, stehen der Mitte etwas näher als ihre Partei, während Franz Josef Strauß zwar noch weiter rechts eingeordnet wird als die CSU, aber weit

weniger von der Mitte entfernt ist als Brandt und vor allem Wehner.

Auffallend ist, daß die Position der SPD von den einzelnen Wählergruppen sehr unterschiedlich, die von CDU und CSU jedoch weit gleichförmiger eingestuft wird. Das ist für die Ausgangssituation zur Bundestagswahl in doppelter Hinsicht bedeutsam: Einerseits sehen SPD- wie CDU-Sympathisanten ihre Partei jeweils links beziehungsweise rechts von der eigenen Position. Das verdeutlicht die kritische Distanz, die der jeweilige Sympathisant zur eigenen Partei hält. Wesentlicher ist jedoch, daß die Distanz zwischen SPD-Sympathisanten und CDU wesentlich geringer (2,79) ist als die zwischen CDU-Sympathisanten und SPD (4,11).

Das bedeutet, daß die SPD-Sympathisanten in den nächsten Monaten von der CDU leichter zu erreichen sind als die CDU-Sympathisanten von der SPD — während CSU-Sympathisanten für die SPD praktisch ebenso unerreichbar sind wie die SPD-Sympathisanten durch die CSU.

CDU-Sympathisanten sind selbst von Schmidt weniger ansprechbar als SPD-Sympathisanten durch CDU-Politiker. Der Abstand zwischen der Position eines CDU-Sympathisanten zu Schmidt beträgt 3,08, der zwischen Kohl und einem SPD-Sympathisanten nur 2,53. Schmidt kann diesen Abstand zwar geringer halten als seine Partei, aber nicht umkehren.

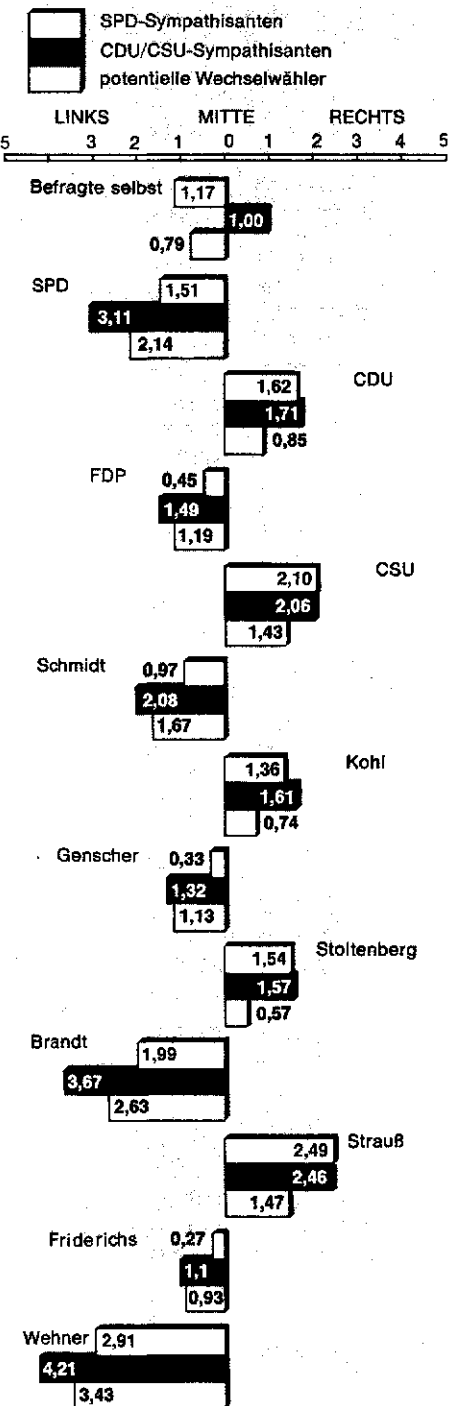
Für die Wechsler kommt Stoltenberg der Mitte am nächsten, gefolgt von Kohl und dem FDP-Mann Hans Friderichs. Angesichts der Selbsteinschätzung der Wechselwähler leicht links von der Mitte ist aber die relative Distanz zwischen ihnen und Schmidt (0,88) geringer als die zu den CDU-Politikern; zu Stoltenberg zum Beispiel 1,36, zu Kohl 1,53.

Die bekanntesten Vertreter der FDP, Hans-Dietrich Genscher und Bundeswirtschaftsminister Friderichs, werden beide leicht rechts von ihrer eigenen Partei postiert, aber auch sie stehen in den Augen der Wählerschaft der SPD näher als der CDU.

Einer weitgehend gleichförmigen Einschätzung der CDU und ihrer Politiker steht mithin eine große Diskrepanz zwischen der Position von Schmidt und der SPD gegenüber. Während die SPD bei dieser Einschätzung kaum mehrheitsfähig ist, kommt Schmidt diesem Ziel deutlich näher, ohne es bis jetzt zu erreichen. Schmidt steht zwar den Wechslern näher als Kohl. Die CDU und ihre Politiker aber können auf mehr Erfolg bei SPD-Sympathisanten rechnen.

Die Ausgangssituation für die Wahlen wird aber noch von einem weiteren Aspekt bestimmt: Was halten die Wähler für die derzeit vordringlichste Aufgabe? Im Januar ergab die Befragung

Rechts-Links-Einordnung durch Wählertypen



folgende Prioritäten-Liste: 26,9 Prozent nannten als wichtigstes Problem den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Es folgten: Inflation (15,8), eine bessere Wirtschaftspolitik insgesamt (9,3), Friedenspolitik (3,4), soziale Gerechtigkeit (3,1), Ruhe und Ordnung (3,0) sowie schließlich Verbrechensbekämpfung (2,8).

Die Entwicklung der kommenden Wochen wird zeigen, ob sich in der Wählermeinung die Positionen dieses Katalogs verschoben werden und welchen Parteien und Politikern es am ehesten gelingt, sich den Wählern als glaubwürdige Nothelfer zu empfehlen. ♦